

## 5. Kantonaler Massnahmenplan gegen Rassismus

Postulat Mandy Abou Shoak (SP, Zürich), Melanie Berner (AL, Zürich), Tobias Mani (EVP, Wädenswil), Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) vom 13. März 2023

KR-Nr. 92/2023, Entgegennahme, Diskussion

*Ratsvizepräsident Jürg Sulser:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Stefan Schmid hat an der Sitzung vom 26. Juni 2023 Antrag auf Nichtüberweisung des Postulates gestellt.

*Mandy Abou Shoak (SP, Zürich):* Erstens, mein Name ist Mandy Abou Shoak (*der Ratsvizepräsident hat den Namen nicht ganz korrekt ausgesprochen*), aber Danke. Zunächst meine Interessensbindung: Ich bin Social-Justice-Trainerin, begleite und berate Organisationen in ihrer diskriminierungssensiblen Organisationsstruktur und Kultur. Und eine Information vorab: Ich habe dieses Postulat von Altkantonsrätin Sarah Akanji übernommen. Herzlich willkommen, schön bist du hier (*Sarah Akanji sitzt auf der Tribüne*). Ja, Sarah Akanji hat sich Ende der letzten Legislatur entschieden, vorerst aus der Politik zurückzutreten, unter anderem aufgrund von rassistischen Gewalterfahrungen, und damit sind wir schon mitten im Thema.

Lieber Herr Vizepräsident, liebe Justizdirektorin (*Regierungsrätin Jacqueline Fehr*), liebe Wegbeschreiterinnen auf der Tribüne und im Netz, Kolleginnen und Kollegen, «Rassistische Diskriminierung hat deutlich zugenommen», schreibt die Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes. Und laut der polizeilichen Kriminalstatistik nehmen die Anzahl Beschuldigter und die registrierten Straftaten im Zusammenhang mit der Diskriminierungsstrafnorm zu. Die Dunkelziffer ist gross, das sagen NGO (*Non-governmental Organizations*). Es gibt unzählige zivilgesellschaftliche Akteurinnen, die schon sehr lange antirassistische Arbeit leisten in diesem Kanton, nicht selten ehrenamtlich und damit unbezahlt. Dazu gehören unter anderem GRA, Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus, Augen auf, Autonome Schule Zürich, Gruppe «gemeinsam einsam», Bla\*Sh, ZIID, Zürcher Institut für Interreligiösen Dialog, Solinetz Zürich, Roma Jam Session Art Collective, SPAZ, Sans-Papier-Anlaufstelle Zürich, Sankofa, Radgenossenschaft der Landstrasse, Kollektiv Vo da, AfroSwisssters, Treffpunkt schwarzer Frauen. Die antirassistische Bewegung ist in den letzten Jahren gewachsen und trotzdem werden wir immer noch gefragt: Gibt es denn wirklich Rassismus in der Schweiz? Dienstag, 26. März 2024: Die GRA-Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus schreibt auf LinkedIn (*Soziales Netzwerk*): Wir müssen zusehen, wie eine muslimfeindliche Attacke unser Land trifft, gerade mal drei Wochen nach der antisemitischen Messerattacke Anfang März. Samstag 2. März 2024: Ein radikaler 15-Jähriger verletzt einen orthodoxen Juden lebensbedrohlich mit einer Stichwaffe, die Sicherheitsmassnahmen vor jüdischen Einrichtungen müssen erhöht

werden. Dienstag 20. Februar 2024: Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz im Fall «Wa Baile» (*Mohamed Wa Baile*) wegen Racial Profiling, die Personenkontrolle im Zürcher Hauptbahnhof war diskriminierend.

Ja, wir haben hier im Kanton Zürich ein Problem mit Rassismus, ob im Kontext des Wohnens, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum, beim Einkaufen, im öffentlichen Verkehr, in Bildungsinstitutionen, im Gesundheitswesen, in der Begegnung mit der Polizei, in Bezug auf die soziale Sicherung, im Verein, in der Politik – überall kann es passieren, überall passiert es. Menschen werden aufgrund ihrer Nationalität, ihrer Hautfarbe, ihrer Religion, aufgrund ihrer Herkunft rassistisch diskriminiert. Wenn Menschen also aufgrund ihrer ethnischen Herkunft, aufgrund ihrer vermeintlichen kulturellen Eigenschaften, aufgrund religiöser Zugehörigkeit oder ihres Namens ungerechtfertigt benachteiligt, gedemütigt, bedroht oder an Leib und Leben gefährdet werden, wenn Menschen Herabsetzung, Erniedrigung, Bedrohung, psychische oder auch körperliche Gewalt erfahren, dann ist das eine Form von rassistischer Gewalt. Und diese Gewalt, ja, diese Gewalt kann krank machen, körperlich und seelisch.

Rassismus wirkt sich nicht nur auf einzelne Menschen aus, Rassismus hat auch Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, den Kanton, den wir so sehr lieben. Rassismus spaltet und führt zu Unruhen. Rassismus gefährdet den sozialen Zusammenhalt, weil Rassismus das respektvolle Miteinander verhindert und gefährdet. Verständnis, Respekt, Anerkennung und Vertrauen, das sind nicht einfach so geschenkte und gegebene Dinge, darum müssen wir täglich kämpfen, daran müssen wir alle täglich arbeiten. Rassismus betrifft uns alle und wir alle sind bei der Lösung dieses Problems gefragt. Denn Rassismus entmenschlicht nicht nur die Menschen, die davon betroffen sind, Rassismus entmenschlicht auch uns; dann nämlich, wenn wir die Gewalt, die Menschen erleben, verkennen, wenn wir sie nicht ernst nehmen und sie nicht abwehren. Es geht um die Sicherheit in diesem Kanton. Es liegt in unserer Verantwortung dafür zu sorgen, dass Konflikte und Spannungen – und jetzt hören Sie gut zu – nicht zunehmen, sondern abnehmen. Es ist unsere Aufgabe und unsere Verantwortung, uns um den Schutz aller Menschen in diesem Kanton zu kümmern.

Gemäss der Fachstelle für Rassismusbekämpfung des Bundes erlebt jede sechste Person in der Schweiz rassistische Diskriminierung. Das sind 1,2 Millionen Menschen in der Schweiz. Zahlen wie diese brauchen wir, denn wir müssen wissen, wovon wir reden. Um gezielte Massnahmen ergreifen zu können, müssen wir das Ausmass von Rassismus kennen. Mit diesem Postulat wollen SP, AL EVP und Grüne, dass der Regierungsrat einen Massnahmenplan gegen Rassismus erarbeitet. Mit diesem Massnahmenplan fordern wir, erstens, eine saubere Datenerhebung und statistische Analysen, damit wir wissen, wer, wo und wie rassistisch diskriminiert wird. Die statistischen Lücken, die immer wieder in den Berichten der Fachstelle für Rassismusbekämpfung und der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (*ERK*) aufgezeigt werden, müssen wir schliessen. Zweitens wollen wir zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, Organisationen in ihrer antirassistischen Arbeit stärken, indem wir sie unterstützen. Und drittens braucht

es präventive Massnahmen und Sensibilisierung sowohl in der Verwaltung als auch in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Und viertens müssen wir Betroffenen und Zeuginnen eine niederschwellige Möglichkeit geben, um gegen rassistische Diskriminierung vorzugehen. Dabei müssen wir garantieren, dass sie die Unterstützung der Strafverfolgungsbehörden erhalten.

Ein solcher Massnahmenplan gegen Rassismus, wie wir ihn verlangen, ist ein Massnahmenplan gegen Antisemitismus, gegen Antibalkanismus, gegen antislawischen Rassismus, gegen antimuslimischen Rassismus, gegen Antiziganismus, gegen antischwarzen Rassismus, gegen antiasiatischen Rassismus, also gegen alle Formen von Rassismen. All diese unterschiedlichen Formen von Diskriminierungen und Ausgrenzungen müssen wir bekämpfen, auch wenn sie ihre jeweils spezifischen Ausprägungen, ihre eigenen Geschichten und unterschiedlichen Hintergründe sowie ihre eigenen Verwobenheiten im Zusammenhang mit der Schweiz und auch mit diesem Kanton haben. Mit einem Massnahmenplan gegen Rassismus stärken wir unsere demokratischen Werte, die Gleichbehandlung und die Gerechtigkeit. Wir stärken unsere Institutionen, die sich darum kümmern und massgebend zur Stabilität in unserer Gesellschaft beitragen. Mit einem Massnahmenplan gegen Rassismus stärken wir den sozialen Zusammenhalt. Wir stärken das gegenseitige Verständnis, wir stärken das respektvolle Miteinander, die Anerkennung und das Vertrauen. All das sind Grundlagen für eine sichere Gesellschaft, weil Sicherheit nur durch Frieden erreicht werden kann. Wir verhandeln hier nicht ein Anliegen einer Minderheit. Die Aufrechterhaltung eines friedlichen Zusammenlebens braucht uns alle, unglaublich viele Menschen, Menschen, die Tag für Tag daran arbeiten, dass Dinge nicht aus den Fugen geraten. Um den Zusammenhalt in diesem Kanton nachhaltig zu sichern, braucht es uns alle gemeinsam, stark und entschieden. Lassen Sie uns heute gemeinsam an diesem friedlichen Zusammenleben in diesem Kanton arbeiten und in den gesellschaftlichen Zusammenhalt investieren.

Liebe Kolleginnen der Mitte, liebe Kollegen der Mitte, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, vor einigen Wochen haben wir uns mit einem dringlichen Postulat (*KR-Nr. 69/2024*) alle gemeinsam gegen Antisemitismus und Rassismus in der Schule starkgemacht. Das ist wichtig und richtig, reicht aber nicht aus. Die antirassistische Präventionsarbeit muss über die Schulen hinaus verstärkt und umfassend angegangen werden, denn Rassismus und Antisemitismus passieren nicht nur in der Schule, sondern in allen Bereichen, allen Lebensbereichen. Deshalb braucht es diesen Massnahmenplan. Ich hoffe, Sie werden sich heute für und nicht gegen die Menschen in diesem Kanton starkmachen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SVP und der EDU, von Ihnen erwarte ich nichts, aber auch Sie können mich heute überraschen. Überweisen Sie mit uns dieses Postulat, das massgeblich zum Frieden in diesem Kanton beiträgt. (*Applaus auf der Tribüne*)

*Ratsvizepräsident Jürg Sulser:* Bitte verzichten Sie auf Applaus, das ist hier drin nicht üblich und auch nicht erlaubt.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt):* Ich eröffne mit Ihrem Zitat «Sicherheit entsteht durch Frieden», und insofern war ihre letzte provokative Anmerkung völlig fehl am Platz (*Zwischenrufe*). Doch, sie war es. Sie haben es auch unterlassen, geschätzte Vorrednerin, dem Rat und dem Publikum mitzuteilen, dass die SVP kürzlich den Vorstoss bezüglich «Massnahmenplan an Schulen gegen Rassismus und Antisemitismus» ebenfalls mitunterschrieben hat. Das scheint mir wichtig, hier darzulegen. Und nur weil ich seinerzeit namens meiner Fraktion die Diskussion verlangt habe, heisst das noch lange nicht, dass wir mit dem Titel des Vorstosses nicht einverstanden wären. Wir sind mit den Massnahmen, welche vorgeschlagen sind, nicht einverstanden. Es hat zu diesen Massnahmen auch im Vorfeld – zumindest mit unserer Fraktion – keine Gespräche gegeben. Also wundern Sie sich bitte nicht, wenn die Diskussion verlangt wird.

Nun zu den verschiedenen Forderungen: Sie fordern den Aufbau einer Fachstelle gegen Rassismus. Mit Verlaub, aber wir glauben nicht an die Wirkung von Fachstellen. Wir glauben daran, dass Rassismus am besten verhindert werden kann – so wie Sie «Sicherheit durch Frieden» gesagt haben –, wir glauben, dass Rassismus am ehesten begegnet werden kann, wenn man nicht friedfertige Personen davon abhält, überhaupt hierher ins Land zu kommen (*Heiterkeit*). Ja, Sie lachen jetzt, also muss ich davon ausgehen, dass es Ihnen egal ist, wer sich letztendlich in diesem Land niederlässt, mit welchen Absichten man sich hier niederlässt. Sie ignorieren damit auch – und damit komme ich zum zweiten Punkt – die Datengrundlage und die Faktengrundlage. Sie fordern eine Datenerhebung und statistische Analysen zu Rassismus. Sie zitieren aber selber Zahlenmaterial, welches es bereits gibt. Also weshalb fordern Sie diese Analyse und diese Statistiken? Spätestens seit diesem unsäglichen Vorfall hier in der Stadt Zürich (*gemeint ist die Messerattacke eines Jugendlichen gegen einen orthodoxen Juden*) sollte Ihnen auch bewusst sein, dass das Thema, beispielsweise Antisemitismus, zu einem erheblichen Teil auch aus der islamistischen Szene hierher importiert wurde. Nur so viel zum Punkt, den ich vorhin erwähnt habe und zu dem Sie dann gelacht haben.

Einfachere Meldeverfahren bei den Strafverfolgungsbehörden: Ja, könnte oder kann man mitunterschreiben. Nur haben wir diese Meldeverfahren bereits. Uns erschliesst sich nicht, was Sie damit meinen, mit «einfacheren Meldeverfahren». Oder soll es Prioritäten geben von einfacheren und schwierigen Meldeverfahren, je nach Delikt, welches vorliegt? Das kann es ja nicht sein. Wir haben eine Rechtsordnung. Wir haben einen Rechtsstaat. Und jegliche Art von Gesetzesverletzung sollte genau gleich einfach gemeldet werden können. Also warum da eine Priorisierung gemacht werden soll zwischen Straftatskategorie 1 und Straftatskategorie 2 erschliesst sich uns effektiv nicht.

Der nächste Punkt, die stärkere Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Organisation: Ja, da stehen wir kritisch dazu. Wir stehen sehr kritisch dazu, dass öffentliche Gelder je länger, je mehr in die NGO fliessen, welche dann wiederum in irgendwelche Kampagnen, Werbekampagnen, Abstimmungskampagnen et cetera, fliessen. Wir sind der Meinung: Wir haben hier ein Thema, das uns alle angeht, das unsere Rechtsordnung angeht. Und daher müssen wir als Kanton mit

unseren Institutionen schauen, dass wir diesem Thema möglichst effizient und zielgerichtet begegnen können.

Präventive Massnahmen zur Sensibilisierung in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens: Das habe ich eingangs erwähnt, wir haben den Vorstoss in Bezug auf die Schulen mitunterzeichnet; das war vor zwei oder drei Wochen. Also wenn Sie konkrete Vorschläge haben, dann kommen Sie auf uns zu. Wir können miteinander sprechen, so wie das vor drei Wochen ja offenbar auch bestens geklappt hat.

Und insofern schliesse ich meine Begründung, weshalb wir die Diskussion verlangt haben. Wir sind damit einverstanden, dass es Massnahmen braucht in diesem Bereich. Wir sind aber mit Ihrem Kriterienkatalog, das haben Sie gehört, nicht einverstanden. Bitte nehmen Sie das zur Kenntnis. Besten Dank.

*Isabel Garcia (FDP, Zürich):* Auch die FDP verurteilt selbstverständlich Rassismus in all seinen Erscheinungsformen und bringt dem grundsätzlichen Anliegen des Postulats, nämlich dem Rassismus in unserem Alltag dezidiert entgegenzutreten, Sympathie entgegen. Trotzdem werden wir den Vorstoss nicht überweisen, dies aus folgenden Gründen:

Erstens: Die Begehren des Postulats sind einerseits zu breit angelegt. Bereits im Postulatstext wird in sechs Punkten aufgezählt, was alles untersucht werden soll. Es sollen dabei auch Massnahmen geprüft werden, die wir als FDP grundsätzlich als nicht geeignet betrachten. Dazu gehört insbesondere die Schaffung einer neuen Fachstelle. Hier fehlt uns nach den gemachten Erfahrungen mit den bisherigen Fachstellen die Überzeugung, dass eine neue Organisationseinheit innerhalb der Verwaltung einen entscheidenden Beitrag zur Verringerung von Rassismus leisten kann. Ein Blick auf den Leistungsausweis von bestehenden Fachstellen mit ähnlichem Auftrag zeigt nämlich unseres Erachtens, dass die Tätigkeit oft im Theoretischen steckenbleibt, dass sie sich über die eigene Bubble hinaus kaum Gehör verschaffen können und damit halt letztlich auch die Wirkung eher klein ist.

Zweitens: Die Ziele des Vorstosses sind leider auch zu wenig spezifisch. Wie bereits ausgeführt, verlangt das Postulat die Prüfung einer breiten Palette von Aktivitäten, die unter anderem die stärkere Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen wie auch präventive Massnahmen und Sensibilisierung in verschiedenen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens umfasst. Welche Organisationen unterstützt werden und welche Projekte diese konkret realisieren sollen, bleibt aber leider unklar. Auch das Begehren nach Sensibilisierungskampagnen ist schwammig. Eine solch unfokussierte Vorgehensweise können und wollen wir als FDP nicht unterstützen.

Und last but not least, das wird Sie nicht weiter erstaunen: Die Bearbeitung des Postulats wird einen ziemlichen bürokratischen Aufwand verursachen bei den ganzen Massnahmen, die in den verschiedenen Bereichen geprüft werden sollen. Dies wird nicht ohne beträchtlichen finanziellen und personellen Einsatz möglich sein; mit Blick auf den aus unserer Sicht nicht überzeugenden Massnahmenkatalog ein zusätzlicher Grund, dem Ansinnen mit Skepsis zu begegnen.

Bevor ich zum Schluss meines Votums komme, erlauben Sie auch mir bitte einen kurzen Exkurs: Vor fünf Wochen – es wurde von meinem Vorredner bereits erwähnt – hat unser Fraktionsmitglied Sonja Rueff-Frenkel zusammen mit allen hier im Rat vertretenen Fraktionen ein dringliches Postulat eingereicht, das eine Analyse fordert, wie in Übereinstimmung mit dem Lehrplan 21 auf Ebene Sekundarstufe und weiteren Schulstufen Aufklärungsarbeit gegen Antisemitismus und Rassismus betrieben werden kann. Umgesetzt werden soll das Aufklärungsprojekt mit bestehenden und bewährten Playern. Wäre der vorliegende Vorstoss analog zum erwähnten dringlichen Postulat 69/2024 mit klar definierten Zielen und Rahmenbedingungen sowie einem pragmatischen Umsetzungskonzept formuliert worden, das auf bestehenden und bewährten Strukturen aufbaut und nicht unklare neue schafft, hätten durchaus Chancen bestanden, die FDP vom Anliegen zu überzeugen. So wie sich aber die Situation jetzt präsentiert, ist eine Unterstützung für uns nicht möglich. Bitte lehnen Sie den Vorstoss ab. Besten Dank.

*Claudia Frei (GLP, Uster):* Ich kann es Ihnen gleich zu Beginn sagen, wir haben uns sehr schwer getan mit diesem Postulat. Wir gehen davon aus, dass in diesem Rat alle Anwesenden gegen Rassismus sind. Das ist nicht das Thema. Die Frage, die sich uns stellt, ist, wie wir den Rassismus angehen. Ich gehe mal der Reihe nach auf die Forderungen dieses Postulats ein:

Dieses Postulat möchte eine neue zuständige Fachstelle. Die GLP-Fraktion will das Thema «Rassismus» jedoch auf keinen Fall mit der Schaffung einer weiteren Fachstelle angehen. Es braucht nicht für jedes mögliche Thema eine eigene Fachstelle. Die JI (*Direktion der Justiz und des Innern*) braucht, wenn sie so weitermacht, wohl demnächst eine Fachstelle zur Koordination ihrer Fachstellen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Als weitere Massnahme sollen Daten erhoben und Analysen durchgeführt werden. Hier müsste schon zuerst einmal dargelegt werden, welche Daten und Statistiken jetzt bereits erhoben werden und zu welchen Schlüssen man damit kommt. Eine weitere Forderung sind einfachere Meldeverfahren bei den Strafverfolgungsbehörden. Wieso es genau bei Rassismus einfachere Meldeverfahren braucht als bei anderen Delikten, erschliesst sich uns nicht. Wieso Rassismus schlimmer sein soll als Sexualdelikte oder anderes, ist kaum erklärbar, im Gegenteil: Dies ist eine Rechtsungleichheit, die so nicht geht.

Stärkere Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen: Auch hier wäre es zuerst vonnöten, zu wissen, welche bereits unterstützt werden und weshalb es hier eine stärkere Unterstützung braucht und worin diese genau bestehen soll.

Damit wären wir wieder bei der Prävention: Prävention ist sicher wichtig. Allerdings sind wir der Auffassung, dass die grösste Prävention wohl ein Bekenntnis zur Integration wäre. Integration bedingt durchaus auch, dass – von welcher Ebene auch immer – die nötigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Integration bedeutet fördern und fordern. Ich gehe davon aus, dass es weit weniger Rassismus gäbe, wenn jeder Bürger und jede Bürgerin in der Schweiz wüssten, dass wir von

Migranten erwarten, dass sie unsere Sprache lernen, sich zu Frauenrechten bekennen, unsere Werte anerkennen und sich integrieren. Wenn diese Haltung überall verinnerlicht wäre, dann wäre dies wohl die grösste Rassismus-Prävention.

Wir kommen zur letzten Forderung dieses Postulates, nämlich der Verbesserung des rechtlichen Schutzes vor Diskriminierung. Dies ist ein Thema, das mit der Antirassismus-Strafnorm ganz klar national geregelt ist. Auch das ist etwas, das auf die nationale und nicht auf die kantonale Ebene gehört.

Zuletzt müssen wir wohl alle auch zur Kenntnis nehmen, dass nicht immer alles verhindert werden kann, egal, welche Massnahmen wir hier beschliessen. Und dieses Prinzip lässt sich so ziemlich auf alles anwenden: auf Rassismus, auf Antisemitismus, auf sexuelle Belästigungen, auf alle möglichen Delikte, auf Unfälle, auf Krankheiten, auf alles. Wir anerkennen, dass es im Alltag Rassismus gibt, und wir anerkennen auch, dass sich die meisten hier drin kaum vorstellen können, wie es ist, ständig mit Rassismus konfrontiert zu werden und Rassismus zu erleben. Allerdings ist die Rassismus-Bekämpfung eine Gemeinschaftsaufgabe. Es ist eine Frage von Werten und Haltungen. Wenn wir uns auf unsere Verfassung berufen, dann ist klar, dass Rassismus im Widerspruch dazu steht, denn alle Menschen sollen gleichbehandelt werden. Da Rassismus-Bekämpfung aber eben eine Gemeinschaftsaufgabe ist, müssen wir diese Aufgabe alle angehen und können sie nicht einfach an eine Fachstelle delegieren, die dann ein paar Kampagnen macht und unser Gewissen beruhigt.

Wie ich Ihnen bereits gesagt habe, anerkennen wir, dass sich Menschen, die keinem Rassismus ausgesetzt sind, wohl nur sehr schwer vorstellen können, wie sich Rassismus überhaupt anfühlt. Deshalb werden wir diesem Postulat zustimmen. Allerdings wollen wir, dass dafür keine neue Fachstelle geschaffen wird, sondern dass sich die bestehende Fachstelle Brückenbau an der Kantonspolizei Zürich den Forderungen in diesem Postulat annimmt. Wir sind der Auffassung, dass dies die geeignete und richtige Stelle dafür ist. Dort besteht schon ein grosses Fachwissen und auch die notwendige Sensibilität für das Thema Rassismus. Hier sollen bestehende Ressourcen genutzt und bei Bedarf leicht ausgebaut werden. Wir unterstützen, mit grossem Vorbehalt gegen einzelne, nicht zielführende Forderungen, dieses Postulat.

*Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich):* Umgangssprachlich wird der Begriff «Rassismus» gemäss der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus gebraucht, um auf gruppenspezifische Rassismen hinzuweisen. Dazu gehören antischwarzer Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Muslimfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit, so viel zur Einordnung des Begriffs «Rassismus». Der aktuelle Bericht der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus zeigt eine sprunghafte Zunahme der antisemitischen Vorfälle nach dem Angriff (*auf Israel*) der Hamas (*islamistische Terrororganisation*) und des nachfolgenden Kriegs in Gaza auf. Damit einhergeht eine zunehmende Sichtbarkeit allgemein diskriminierender Taten sowie Hassreden. Die 98 registrierten Vorfälle von 2023 würden einer Zunahme von mehr als der Hälfte im Vergleich zum Vorjahr entsprechen. Diese Zuspitzung mündete, wie wir alle wissen, im Frühjahr dieses Jahres in physische

Attacken gegen Minderheiten, wie die antisemitische Attacke in Zürich-Selnau und die antimuslimische Attacke in Bad Ragaz. Solche Attacken mit diskriminierenden Motiven bedrohen die ganze Gesellschaft, weil sie grundlegende Werte, wie Toleranz, Respekt und Vielfalt, untergraben. Ob im öffentlichen Raum, in der Schule, am Arbeitsplatz, bei der Stellensuche oder bei der Wohnungssuche, Rassismus ist in allen Bereichen der Gesellschaft präsent. Angesichts rassistischer Verschwörungstheorien, der aktuellen Sichtbarkeit und des Erstarkens des Antisemitismus und der Normalisierung fremdenfeindlicher Äusserungen muss uns die gegenwärtige Zeit dazu ermutigen, unsere Anstrengungen gegen Rassismus zu vervielfachen.

Wie aus der jüngsten vom Bundesamt für Statistik veröffentlichten Erhebung «Zusammenleben in der Schweiz» hervorgeht, hat fast ein Drittel der Befragten angegeben, Opfer von Gewalt oder Diskriminierung geworden zu sein, insbesondere am Arbeitsplatz und im öffentlichen Raum. Dieser Prozentsatz ist seit 2016 gestiegen. 56 Prozent der Personen gaben an, aufgrund ihrer Nationalität und 35 Prozent aufgrund ihrer Sprache oder ihres Akzents diskriminiert worden zu sein. Diese Zahlen zeigen, dass sich Rassismus in der Schweiz konkret, alltäglich und deutlich manifestiert. Der Kampf gegen Rassismus muss gemeinsam, systematisch und bewusst geführt werden. Entscheidend seien dabei gemäss der ERK das vertiefte Wissen über die Mechanismen, die zu diskriminierenden Handlungen führen, sowie wirksame Massnahmen, welche die Gesellschaft einen und nicht spalten. Im Kanton Zürich ist die ZÜRAS (*Zürcher Anlaufstelle Rassismus*) als Beratungsstelle für Rassismus-Vorfälle zuständig. Das Aufgabengebiet dieser Stelle beinhaltet Beratung und Information. Diese Beratungen sind sehr wichtig, doch sie sind nicht genügend. Rassismus ist kein individuelles Problem, Rassismus geht uns alle an und ist ein gesellschaftliches Problem, das anerkannt und systematisch angegangen werden muss. Rassismus hat weitreichende Folgen für die betroffenen Menschen und letztlich für die ganze Gesellschaft. Unterstützen Sie das Postulat, es ist dringend!

*Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil):* Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Rasse oder Religion schadet den betroffenen Personen und sie gefährdet insbesondere den Zusammenhalt der Gesellschaft. Daher gehört der Schutz vor Diskriminierung und die Bekämpfung von Rassismus zu den wichtigsten Grundsätzen des Zusammenlebens in unserem Land und in unserem Kanton. Gemäss dem Bundesamt für Statistik ist für fast 60 Prozent der Menschen in der Schweiz Rassismus ein gesellschaftliches Problem. Der Staat ist daher gefordert, aktiv gegen den Rassismus vorzugehen.

Wird im Kanton Zürich zu wenig getan? Braucht es einen kantonalen Massnahmenplan gegen Rassismus? Der Kanton und die Gemeinden haben in den letzten Jahren und noch stärker in diesem Jahr mit verschiedenen Massnahmen den Kampf gegen Rassismus verstärkt. Hierzu gibt es verschiedene Beratungsmöglichkeiten und Fachstellen zu Rassismus. Diese Stellen helfen Betroffenen und beantworten Fragen von Medien, Privatpersonen und Organisationen. Sehr aktiv ist hierbei die Zürcher Anlaufstelle Rassismus, ZÜRAS. Sie bietet Einzelpersonen



und Institutionen aus dem Kanton Zürich Informationen, Beratung und Unterstützung bei Vorfällen im Bereich rassistischer, ethnischer, kultureller und religiöser Diskriminierungen sowie bei Ereignissen, die durch Betroffene als benachteiligend oder ausgrenzend wahrgenommen werden. Es ist ein Angebot im Auftrag der Integrationsförderung der Stadt Zürich und der Fachstelle Integration des Kantons Zürich. Daneben gibt es verschiedene weitere Anlaufstellen beim Bund und in den Gemeinden. Positiv zu erwähnen sind auch die verschiedenen Weiterbildungsangebote. Das Problem ist breit anerkannt und wird zum Beispiel auch bei den Polizeikörpern, Stichwort «Racial Profiling», heute ernster genommen. Auch der Zürcher Ombudsmann befasst sich vermehrt mit Themen im Bereich Rassismus. Im Bereich Diskriminierungsschutz unterstützt der Kanton Zürich Projekte, die sich mit Rassismus und Diskriminierung auseinandersetzen und den Umgang mit Vielfalt stärken. Auch an den Zürcher Schulen wird das Thema vermehrt thematisiert. Dies ist aus unserer Sicht sehr wichtig und dringend notwendig. Ein Umdenken muss aber bei jedem von uns stattfinden. Jeder von uns muss sich dieser Problematik bewusst sein und auch danach handeln. Rassismus geschieht im Alltag. Ein zusätzlicher kantonaler Massnahmenplan ist aber nicht notwendig. Die Mitte wird daher das Postulat nicht überweisen. Besten Dank.

*Tobias Mani (EVP, Wädenswil):* Erlauben Sie mir als Dritunterzeichner auch noch einige Worte zu sagen, wobei die Erst- und die Zweitunterzeichnerin, Sarah Akanji und Melanie Berner, leider nicht mehr bei uns im Rat mitwirken. Als EVP-Kantonsräte werden wir selten angefeindet und sind schon gar nicht rassistischen Vorurteilen oder Anfeindungen ausgesetzt. Aber nichtsdestotrotz, das Thema Rassismus macht uns sehr betroffen. Rassismus und Antisemitismus verurteilen wir aufs Schärfste. Es wird bereits einiges getan gegen Rassismus, aber hat sich die Situation bei uns im Kanton Zürich nachhaltig verbessert? Müssen oder können wir nicht mehr gegen Rassismus tun? Für uns als EVP-Fraktion ist klar: Menschen im Kanton Zürich dürfen wegen ihrer Herkunft, Hautfarbe oder ihres Glaubens nicht benachteiligt oder bedroht oder gar verletzt und getötet werden, dies ist zentral für das Zusammenleben. Und wenn man persönlich betroffen ist von Rassismus, geht das einem sehr nahe, da ist man im Kern seiner Persönlichkeit betroffen. Wir sind ein freiheitliches Land, aber Freiheit hat ihre Grenzen, und jeder soll mit Respekt behandelt werden. Als Staat haben wir ein grosses Interesse daran und sind es unseren Bewohnerinnen und Bewohnern schuldig, dass wir uns für ein gutes, respektvolles Miteinander einsetzen. Und im Vordergrund dieses Vorstosses steht ja nicht die strafrechtliche Keule, sondern stehen verschiedene präventive Massnahmen. Das Postulat soll eine Auslegeordnung ermöglichen. Es soll geprüft werden, wo und wie wirkungsvoll mehr gegen Rassismus gemacht werden kann in unserem Kanton.

Das Postulat zeigt bereits verschiedene Ansätze auf, wobei wir einer Fachstelle gegenüber eher zurückhaltend sind, gerade auch im Hinblick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis. Der Spruch von Claudia Frei hat durchaus etwas für sich, wir wollen nicht noch eine Fachstelle zur Koordination der Fachstellen. Aber das Thema

ist uns zu wichtig. Es braucht eine Auseinandersetzung, es braucht auch eine Auslegeordnung, welche Massnahmen zielführend sind. Wir möchten Wirkung. Das Zusammenleben im Kanton Zürich soll frei von Rassismus und Antisemitismus sein. Daran müssen wir arbeiten.

*Lisa Letnansky (AL, Zürich):* Seit dem Tag der Einreichung dieses Postulats bis zu seiner Diskussion heute hat seine Thematik noch an Bedeutung zugenommen. Es ist heute wichtiger denn je, dass der Kanton in Sachen Rassismus-Bekämpfung eine aktivere Rolle einnimmt und Rassismus-Betroffene nicht nur berät, sondern die Gesellschaft und ihre Akteurinnen und Akteure sensibilisiert und auch präventiv gegen Rassismus vorgeht. Und es ist elementar, dass dabei zivilgesellschaftliche Organisationen, die seit Jahren oder Jahrzehnten unglaublich wertvolle Arbeit leisten, miteinbezogen und unterstützt werden.

Dass die SVP die Diskussion verlangt hat, wundert mich nicht. Sie ist die Partei, die nicht müde wird, zu behaupten, dass Rassismus in der Schweiz kein grosses Problem darstelle. Sie ist aber auch die Partei, die ständig pauschalisierend gegen sogenannte kriminelle Ausländerinnen und Ausländer hetzt und jede noch so weit hergeholte Diskussion zur Untermauerung ihres Narrativs von «Wir gegen sie» instrumentalisiert, von echten Schweizern gegen Menschen, die ihrer Meinung nach hier nichts verloren haben.

Rassismus ist nicht nur die direkte Diskriminierung bestimmter Bevölkerungsgruppen aufgrund ihrer kulturellen oder ethnischen Zugehörigkeit, sie ist auch die Legitimierung einer Aggression oder eines Privilegs. Die Legitimierung dieser Privilegien für echte Schweizerinnen und Schweizer ist sowohl in breiten Kreisen der Gesellschaft als auch in diesem Rat immer noch salonfähig. Und Versuche, die Menschenrechte für bestimmte Bevölkerungsgruppen einzuschränken, wie beispielsweise jüngst der Zugang zur Bildung, gehören fest zur Tagesordnung. Das Diskriminierungsverbot in der Bundesverfassung reicht nicht. Rassistische und antisemitische Vorfälle haben wieder zugenommen. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte rügte vor kurzem die Schweiz für ihren laschen Umgang mit Racial Profiling. Der Präsident der Jungen SVP (*Nils Fiechter*) und ihre Strategiechefin (*Sarah Regez*) weigern sich hartnäckig, sich vom Konzept der sogenannten «Remigration» zu distanzieren. Solange dies alles geschieht, solange ist auch ein kantonaler Massnahmenplan, inklusive Fachstelle gegen Rassismus, absolut notwendig. Und ich möchte Sie daran erinnern, dass es sich hier um ein Postulat handelt. All Ihre Fragezeichen können in dem Bericht geklärt werden, wenn es denn überwiesen wird.

Die Alternative Liste wird das selbstverständlich tun, und es ist sehr interessant, hier heute zu sehen, wer trotz allen eben genannten Beispielen immer noch Ausreden vorschiebt, um nicht tätig zu werden, und so seine eigenen Privilegien auf Kosten von Minderheiten hortet.

*Sibylle Marti (SP, Zürich):* Geschätzte Kolleginnen und Kolleginnen vor allem auf der bürgerlichen Ratsseite, Sie haben jetzt alle gesagt, dass Sie Rassismus und Antisemitismus auch schlimm finden und dass man etwas tun sollte, dass wir alle

gefordert seien. Sie haben sich dann insbesondere daran gestört, dass man mit diesem Postulat eine neue Fachstelle fordere. Es würde eben schon helfen, liebe Kolleginnen und Kollegen auf der bürgerlichen Ratsseite, wenn Sie den Postulatstext richtig lesen würden. Wir sagen, wir wollen verschiedene Massnahmen prüfen, und ja, dazu gehört auch die Errichtung einer Fachstelle. Aber es geht uns eben ums Prüfen dieser Massnahmen. Es geht nicht darum, dass wir jetzt schon am Punkt sind, wo wir alle ganz genau wissen, was es denn braucht und was am zielführendsten ist. Und wir wollen auch nicht das Rad neu erfinden, denn in unserem Postulatstext steht eben auch, der Regierungsrat solle mit staatlichen und zivilgesellschaftlichen Organisationen und Stellen zusammenarbeiten, die sich jetzt schon um das Thema Rassismus kümmern, und ebendiese Expertise auch einbinden.

Aber es ist wichtig, was wir fordern, und Mandy hat es soeben auch ausgeführt: Wir brauchen Daten, um effektive Massnahmen erreichen zu können. Wir brauchen mehr Sensibilisierung, wir mal brauchen mehr Prävention. Und da sind die Schulen als Bildungsinstitutionen natürlich wichtig, aber es ist eben auch wichtig, dass wir an allen anderen Orten, in den Vereinen, in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen tätig werden und den Schutz vor Diskriminierung und Ausschliessung verbessern.

Und Sie sagen dann, Sie wollen keine neue Fachstelle. Sie wollen aber vor allem, wenn Sie ehrlich sind, keine neuen Kosten. Und da müssen wir einfach ehrlich sein: Es reicht nicht, wenn wir Rassismus und Antisemitismus schlimm finden und sagen, man soll etwas dagegen tun, aber dann nicht bereit sind, auch etwas zu investieren. Und ich bin mit Ihnen völlig einig: Wenn wir dieses Postulat überweisen und herausfinden und der Regierungsrat in der Analyse zum Schluss kommt, dass wir einen Massnahmenplan machen können, ohne eine neue Fachstelle zu errichten, dann ist das für uns natürlich in Ordnung; ich habe Ihnen das in Gesprächen auch immer wieder so gesagt. Aber natürlich ist es so, am Ende wird jemand in der Verwaltung diese Arbeit tun müssen. Man muss nämlich die bestehenden Angebote und die bestehende Expertise vernetzen, man muss sie koordinieren, man muss sie planen. Und ja, jemand wird die Arbeit machen müssen, und ja, das wird nicht gratis sein. Aber das ist eigentlich banal, es gibt meistens nichts einfach so und einfach gratis.

Diese Debatte über Rassismus und Antisemitismus hat in den letzten Monaten verstärkt Fahrt aufgenommen, und das ist auch richtig so. Wir hatten einige Ereignisse, die uns allen vor Augen geführt haben, dass Massnahmen dringlich sind; Mandy hat auch einige Beispiele davon erwähnt. Und Ihre Kolleginnen und Kollegen im nationalen Parlament, liebe FDP und liebe Mitte, die haben eben gesehen, dass man etwas tun muss. Und deswegen haben sie alle – mit Ausnahme der SVP natürlich – den Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus auf Bundesebene unterstützt. Jetzt ist es aber so, dass wir in einem föderalistischen Staat leben, das wissen Sie, und da ist eben eine Anstrengung auf allen Staatsebenen wichtig. Da reicht es nicht zu sagen «ah, der Bund kann ja etwas machen und vielleicht macht dann die Stadt Zürich noch etwas», sondern auch die Kantone müssen etwas machen. Und deswegen ist dieser Massnahmenplan wichtig.

Und dann möchte ich Sie auch noch daran erinnern, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der Mitte, dass der Regierungsrat des Kantons Zürich, der notabene ein bürgerlicher Regierungsrat ist, dieses Postulat entgegennehmen will. Offenbar ist auch der bürgerliche Regierungsrat dieses Kantons der Ansicht, dass man etwas tun muss und dass so ein Massnahmenplan eine gute Sache wäre. Ich verstehe wirklich nicht, liebe Kolleginnen und Kolleginnen von der FDP und von der Mitte, wieso Sie dieses Postulat nicht mittragen. Dass die SVP es nicht mitträgt und herumlaviert und alles möglichst so verstehen will, wie wir es nicht gemeint haben, das ist ja klar. Aber Sie hätten auch die Möglichkeit gehabt, im Sinne der GLP zu sagen: «Wir unterstützen das Anliegen, wir haben aber noch einige Hinweise. Wir wollen zum Beispiel vielleicht lieber eine andere Umsetzung als über eine Fachstelle.» Diese Möglichkeit haben Sie. Aber ich verstehe nicht, wie die vernünftigen Fraktionen dieses Rates dieses Postulat nicht unterstützen können.

Es reicht nicht, Rassismus und Antisemitismus einfach schlimm zu finden. Das ist deutlich zu wenig. Man muss auch etwas tun.

*André Müller (FDP, Uitikon):* Ich möchte kurz auf das Votum meiner geschätzten Fraktionspräsidentin Sibylle Marti replizieren. Ich meine, wir wissen: Die FDP steht gegen Rassismus. Rassismus ist zutiefst antiliberal. Wir stehen hinter einer Gesellschaft, wo Leistung zählt, egal, woher man kommt, wie man aussieht, wie man lebt. Das ist unsere tiefverwurzelte Meinung. Und jetzt uns zu unterstellen, wir seien rassistisch! Vielleicht würden Sie besser mal ein bisschen vor der eigenen Tür wischen. Wir haben gesagt, was wir gerne machen wollten. Wir haben das Gespräch mit Ihnen x-mal geführt. Wir wären sehr gerne bereit gewesen – das Postulat kann man leider nicht abändern, aber zurückzuziehen –, ein neues, gemeinsames Postulat zu machen, etwas, das vielleicht ein bisschen präziser ist, etwas, das ein bisschen weniger eine Fachstelle fordert und ein bisschen mehr von den inneren Ressourcen nutzt, die bereits vorhanden sind, insbesondere die bereits existierende Fachstelle Brückenbauer der Kantonspolizei. Wir sind dezidiert der Meinung, dass wir nicht noch zusätzliche Ressourcen verschwenden müssen für Leute, die irgendwo im Kämmerchen sitzen – ich weiss, die Frau Regierungsrätin wird mich dann korrigieren, dass sie nicht nur im Kämmerchen sitzen, aber unserer Meinung nach sitzen sie vor allem im Kämmerchen – und Zahlen und irgendwelche Voten kreieren. Ja, wir müssen aktiv werden und dahinter stehen wir, sonst hätten wir das bereits erwähnte dringliche Postulat nicht selber vorangetrieben. Sie haben es in Ihrer politischen Arbeit verpasst, mit uns zusammenzuarbeiten. Wir sind bereit, dieses Postulat abzulehnen und gleich am nächsten Montag ein neues einzureichen, das unseren Bedürfnissen ebenfalls entspricht. Das ist Politik. Sie können uns jetzt schon den Schwarzen Peter zuschieben (*Heiterkeit*) – vielleicht das falsche Wort in diesem Zusammenhang, tut mir leid –, aber es geht darum, tragfähige Lösungen über die Gräben hier zu machen. Dazu haben Sie leider nicht Hand geboten, darum lehnen wir ab. Danke.

*Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach):* Es kommt tatsächlich ein bisschen so rüber, da muss ich meiner Kollegin Sibylle Marti wirklich recht geben: Man kann immer ein Lippenbekenntnis ablegen, ein Lippenbekenntnis kostet nichts. Es verändert aber meistens auch nichts. Und die liberal Gesinnten in unserer Gesellschaft wissen – wir wollen ja eigentlich eine liberale Gesellschaft sein, eine freie Gesellschaft, in der jedes Individuum, ungeachtet seiner unveränderbaren Merkmale, frei herumgehen kann –, dass man in einer liberalen Gesellschaft eben nicht alles einfach dem liberalen Marktdenken überlassen und sagen kann «es wird sich schon von selbst regulieren». Der Gedanke ist ganz einfach: Sonst wäre es jetzt ja gut. Wenn die liberale Gesellschaft sich selbst reguliert hätte, hätten wir ja kein Rassismus-Problem. Also müssen wir staatlich eingreifen. Ich habe von allen hier drin gehört, dass gegenwärtig rassistische Vorfälle zugenommen haben. Also warum streiten wir über Lippenbekenntnisse und über Massnahmen und so weiter? Wir sollten der Regierung einen Auftrag geben, gegenwärtig zu prüfen, welche dieser Massnahmen in diesem sehr guten Postulat, welche dieser Massnahmen zur jetzigen Zeit die richtigen sind. Es ist ein Prüfauftrag. Das heisst noch lange nicht, dass es dann umgesetzt wird. Wir vertrauen ja auch ein bisschen unserer Regierung, die bereit war, dieses Postulat entgegenzunehmen.

Ich habe vom Fraktionspräsidenten der FDP gehört, dass wir in einer Gesellschaft leben, wo vor allem Leistung zählt. Ja, ich glaube, es gibt ganz viele Menschen, die haben eine grosse Leistungsbereitschaft, bekommen aber teilweise einfach wegen ihres Namens, der sich zum Beispiel muslimisch oder bosnisch anhört, nicht so einfach eine Lehrstelle wie andere Menschen, die vielleicht einen urschweizerisch tönenden Namen haben. Und da zählt eben die Leistung nicht mehr und da braucht es genau diese Sensibilisierung. Denn bereits diese Form von Ausgrenzung ist rassistisch. Ich habe gehört, dass zum Beispiel auch im Zürcher Unterland, wo man ja sagt, dass die Radikalisierung, auch die islamistische Radikalisierung, gerade bei Jungen zugenommen habe, dass dort diese Jugendlichen oder einige Jugendliche mit muslimischen Nachnamen bei den Lehrstellen exakt immer hintenanstehen müssen, unabhängig davon, wie gut ihre Noten sind, die sie aus dem 9. oder eben 10. Schuljahr mitbringen. Und damit fördern wir genau diese Differenzen in unserer Gesellschaft, die sich für eine freie Gesellschaft nicht gehören.

Ich bitte Sie also, unterstützen Sie dieses Postulat – auch darum, weil ich von Ihnen, geschätzte Bürgerliche, bis jetzt eigentlich nur gehört habe, was nicht geht. Aber ich habe von Ihnen keine Vorschläge gehört. Sie hätten jetzt ja sagen können, was es braucht statt dieser Massnahmen, die hier vorgeschlagen worden sind. Sie haben nicht gesagt, was es braucht; von der SVP schon, aber das ist kein ernstzunehmender Vorschlag (*Heiterkeit*). Wir bekämpfen Rassismus nicht mit der Zuwanderungsbeschränkung, das ist Quark, denn es gibt ganz viele Menschen, die unter Rassismus leiden und die schon lange zugewandert sind, also hören Sie auf damit! Ich würde mir von der FDP wünschen, dass Sie Vorschläge bringen, wenn Sie dieses Postulat nicht unterstützen, statt einfach zu sagen «es geht nicht». Da glaube ich Ihnen eben nicht, dass Sie wirklich genügend überzeugt sind, um bei diesem Thema mehr als ein Lippenbekenntnis abzugeben.

*Leandra Columberg (SP, Dübendorf):* Diese Debatten und gerade die Voten von Mitte-Rechts sind bezeichnend für die fehlende Auseinandersetzung mit dem eigenen Rassismus. Das ist ja schön, wir alle sind gegen Rassismus, aber bitte nicht so, dass wir auch tatsächlich etwas machen müssen. Dass es aber die SVP in dieser Debatte, bei der es um einen Massnahmenplan gegen Rassismus geht, tatsächlich fertigbringt, Menschen, die in die Schweiz einreisen, die sich hier niederlassen, die Schuld am Rassismus in der Schweiz zu geben, das ist es respektlos. Es überrascht mich ja von Ihrer Seite mittlerweile nicht mehr viel, aber das ist angesichts der rassistischen Gewalt und der rassistischen Erfahrungen, die so viele Menschen in der Schweiz und in unserem Kanton tagtäglich erfahren, schlicht pietätlos. Sie lassen in diesem Rat keine Gelegenheit aus, um Ihre rassistische Propaganda zu verbreiten, um migrantische Menschen und Asylsuchende pauschal als Straftäterinnen und Straftäter zu verunglimpfen und unter Generalverdacht zu stellen. Das haben wir gerade kürzlich erlebt: Ihre Jungpartei wird von einem verurteilten Rassisten präsidiert. Ihre Partei schafft es nicht, sich von Neonazis zu distanzieren, übernimmt neofaschistische Kampfbegriffe und unterstützt menschenfeindliche Konzepte wie «Remigration». Ich empfehle der SVP dringend, sich mit dem Rassismus in ihrer eigenen Partei, in ihren eigenen Reihen zu befassen und gegen diesen vorzugehen. Und nochmals zum Mitschreiben: Schuld am Rassismus sind nicht jene, die rassistische Gewalt erfahren, sondern jene, die sie ausüben, jene, die wegschauen, und auch alle politischen Kräfte, die sich weigern, aktiv gegen Rassismus vorzugehen. Rassismus ist strukturell und in jeglichen gesellschaftlichen und auch staatlichen Strukturen verankert. Wir in der Politik stehen in der Verantwortung, in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft Rassismus in allen Bereichen zu bekämpfen. Also nehmen wir, nehmen auch Sie diese Verantwortung wahr und unterstützen dieses Postulat. Besten Dank.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal:* Ich erlaube mir eine kurze Replik zu einzelnen Votantinnen und Votanten: Frau Letnansky, ich habe Ihnen zugehört. Wir sind in einem Parlament, und in einem Parlament wird gesprochen und es sollte auch zugehört werden. Hätten Sie mir zugehört, hätten Sie Ihre Passage aus Ihrem vorbereiteten Referat gestrichen – hätten Sie mir zugehört. Sie haben gesagt, dass wir das Problem negieren. Gehen Sie nach der Sitzung an Ihren Computer und schauen Sie sich die Videoaufzeichnung an, und dann sprechen wir in einer Woche nochmals darüber, was ich gesagt habe und was ich nicht gesagt habe.

Dann zu Frau Columberg: Ich habe in keiner Weise Migrantinnen und Migranten pauschal für Rassismus verantwortlich gemacht. Ich habe gesagt, dass wir uns ein Problem schaffen, wenn wir feindselige Personen, welche nicht friedfertig sind, in unser Land lassen. Das habe ich gesagt, nichts mehr und nichts weniger. Ich hoffe, dass Sie diesen Grundsatz mitunterstützen.

Dann noch eine Replik zu Sibylle Marti und Thomas Forrer: Sie haben sinngemäss nochmals erwähnt, dass zum vornherein ja ohnehin klar war, dass die SVP bei diesem Vorstoss nicht dabei ist. Sie haben abermals pauschal verunglimpft.

Schütteln Sie nicht den Kopf, ich darf auch an Sie appellieren: Gehen Sie nach Hause, schauen Sie die Videoaufzeichnung an. Ich meine, ich habe relativ ähnlich argumentiert, bezugnehmend auf die einzelnen Punkte, wie die GLP-Sprecherin, Claudia Frei. Schauen Sie sich das bitte an! Offenbar machen Sie einen Unterschied, aus welchem Mund die Argumente kommen. Offenbar machen Sie selber den Unterschied. Sie hegen Vorurteile, und genau mit dieser vorurteilsvollen Haltung sind Sie selber ein Teil des Problems, welches wir jetzt seit einer Stunde besprechen. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

*Judith Anna Stofer (AL, Dübendorf):* Ich möchte doch auch nochmals auf Claudio Schmid (*Heiterkeit, gemeint ist ein Altkantonsrat*), Entschuldigung, auf Herrn Schmid (*Stefan Schmid*) eingehen, auf ein Argument von ihm, und zwar: Wir haben Ihnen zugehört, und Sie haben hier erzählt, dass der Antisemitismus vor allem durch die Einwanderung stark zugenommen hat, und vor allem auch, dass das ein Problem ist, das die Linken irgendwie bewirtschaften. Doch, das haben Sie gesagt, ich habe Ihnen zugehört. Und ich möchte Sie daran erinnern: Antisemitismus hat eine jahrhundertelange Tradition in der Schweiz. Ich möchte an die Pogrome im Mittelalter erinnern. Auch hier in Zürich haben ganz grässliche Pogrome stattgefunden. Und er ist mit der DNA der Schweiz verbunden, der Antisemitismus, und hat nichts mit Einwanderung zu tun. Das möchte ich hier einfach klarstellen.

*André Müller (FDP, Uitikon) spricht zum zweiten Mal:* Ich spreche bereits zum zweiten Mal, es wird mein letztes Mal sein, aber ich möchte nur noch kurz auf Herrn Forrer replizieren: Und zwar hat man uns vorgeworfen, wir könnten nicht lesen oder wir läsen es nicht genau. Aber vielleicht darf ich Ihnen sagen: Wenn Sie genau lesen, wer das letzte dringliche Postulat vorangebracht hat, wer Erstunterzeichnerin war, dann war das die FDP. Wir stehen hinter dem Anliegen. Aber wir stehen eben auch hinter gutem parlamentarischem Handwerk, statt jetzt irgendein «Postulätli», das in zwei Jahren dann eine Antwort hat, zu machen. Wenn wir alle hier sehen, dass wir dringend etwas tun müssen, wäre es eben schon richtig gewesen, hier für die richtige parlamentarische Antwort gemeinsam zusammenzuspannen, statt uns zu unterstellen, wir wollten nichts tun. Aber uns Ihren Vorschlag einfach unkommentiert überzustülpen – so funktioniert leider die Politik nicht. Das Angebot steht. Wir können am nächsten Montag etwas zusammen machen, das wirklich mehrheitsfähig ist, das wirklich schnell vorangeht, damit wir hier im Kanton Zürich wirklich etwas bewegen können, nicht nur ein Lippenbekenntnis abgeben, wie Sie das jetzt tun mit ihrem «Postulätli». Danke.

*Ueli Bamert (SVP, Zürich):* Ich habe jetzt lange gerungen, ob ich noch etwas sagen will, aber was hier gesagt wurde, kann ich einfach nicht unbeantwortet lassen. Es ist eine absolute Frechheit, was Sie hier der SVP vorwerfen. Und ich spreche Frau Letnansky an und ich spreche vor allem Frau Columberg an, die sich hier wirklich nicht zu blöde war zu sagen, wir würden rassistische Propaganda in diesem Saal verbreiten. Das ist unterste Schublade.

Die SVP kämpft gegen Gewalt. Wir kämpfen dagegen, dass die Gewalt zunimmt. Und jede Statistik beweist: Es ist ein Ausländerproblem. Wir haben in allen Voten zu diesem Thema gesagt (*Zwischenrufe*) – Sie müssen sich jetzt nicht enervieren! –, wir haben in jedem Votum zu diesem Thema gesagt, dass selbstverständlich nicht alle Zuwanderer, selbstverständlich nicht alle Ausländer gewalttätig sind, nicht einmal ansatzweise. 99 Prozent sind anständige, hart arbeitende, gut integrierte Bürgerinnen und Bürger. Aber das Problem ist, dass die Kriminalität halt wirklich ein Ausländerproblem ist, dass der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer an der Kriminalität und insbesondere an der Gewaltkriminalität ein riesengrosses Problem ist. Und Sie leugnen das immer. Sie haben es auch geleugnet bei diesem antisemitischen Vorfall, wir mussten Sie darauf hinweisen. Sie sind dann rausgelaufen, Sie waren empört. Wir mussten Sie darauf hinweisen, woher diese antisemitische Gewalt kommt. Und da muss ich auch Frau Stofer widersprechen: Jawohl, ich gebe Ihnen recht und das haben wir auch so gesagt, Antisemitismus ist seit Jahrhunderten in unserer Gesellschaft von links bis rechts, von arm bis reich, überall verbreitet, das ist ein Problem. Aber indem immer mehr Menschen aus dem Nahen Osten, wo halt tatsächlich dieser Antisemitismus noch viel tiefer verwurzelt ist, zu uns kommen, nimmt das Problem noch mehr zu. Das haben wir gesagt und nichts anderes. Und uns rassistische Propaganda vorzuwerfen, ist ganz, ganz, ganz unterste Schublade.

Ich schaue heute auf die Tribüne und ich muss Ihnen sagen: Als Stadtzürcher habe ich Freude an diesem Bild. Ich bin es gewohnt, in einer sehr diversen Gesellschaft zu leben. Ich finde das gut und es belebt unsere Gesellschaft und es bringt unsere Gesellschaft auch weiter. Wenn ich aber auf die Tribüne schaue, dann sehe ich vor allem eines: Ich sehe Menschen. Ich sehe nicht unterschiedliche Herkunft, ich sehe nicht unterschiedliche Hautfarben. Ihr Problem ist, dass Sie eben nur Unterschiede sehen. Sie sehen nur unterschiedliche Hautfarben. Sie teilen Menschen wieder in Gruppen ein. Martin Luther King (*US-amerikanischer Bürgerrechtler*) hat gesagt – ja, Sie lachen, lachen Sie nur! –, er hat gesagt: «Ich habe einen Traum, dass meine Töchter dereinst nicht nach ihrer Hauptfarbe beurteilt werden, sondern nach ihrem Charakter.» Und Sie machen genau das Gegenteil. Für Sie gibt es nur noch verschiedene Gruppen, und die einen sind Opfer und die anderen sind keine Opfer. Wenn wir alle wieder lernen würden, vor allem Menschen zu sehen und keine Hautfarben, dann ging es sehr viel besser, und wenn wir vor allem die Missstände in unserer Gesellschaft offen ansprechen würden. Und Sie wehren sich da auf der einen Seite komplett dagegen. Besten Dank.

*Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Lieber Ueli, tragisch ist eigentlich, dass wir seit Jahren, seit zehn oder ich weiss nicht, wie vielen Jahren – tatsächlich nicht über vorhandene Probleme gesund miteinander reden konnten. Das stimmt. Und das Problem rührt daher, dass halt wirklich die SVP – es muss nicht Ihre kantonale SVP sein, es ist auch die schweizerische SVP – mit widerlichen Plakaten angefangen hat, fremdenfeindlich zu agieren. Und solche Aktionen untergraben das Vertrauen in euch, dass wir mit euch gemeinsam auch tatsächliche Probleme besprechen und lösen können. Und das verhärtet hier die



Fronten. Ich appelliere an euch, wirklich die unterschwellig, fremdenfeindlichen Nebengeräusche wegzulassen. In letzter Zeit war das etwas besser, habt ihr euch gebessert, aber jetzt ist es wieder abgedriftet. Und nein, es liegt wirklich daran, dass wir gemeinsam keine Probleme lösen können, dort wo sie liegen, weil ihr immer wieder politisches Kapital mit fremdenfeindlichen Sujets macht und weil das euer Kapital für die Wahlen ist – das einzige anscheinend –, und das verhindert die Problemlösung.

*Rafael Mörgeli (SP, Stäfa):* Dass Rassismus und vor allem auch Antisemitismus ein Urschweizer Problem sind, das können Sie nachschauen. Wenn Sie schauen, was die erste angenommene Volksinitiative in der Schweiz war, das war das Schächtverbot. Also Sie können hier nicht immer von Ausländern und Ausländerinnen sprechen und so weiter, von eingewandertem Antisemitismus, sondern es ist unsere Aufgabe, dass wir in uns schauen und eben die eigenen Fehler auch wirklich klar benennen und dann etwas verändern.

Dann noch zu Herrn Bamert: Ihr Jungparteipräsident ist verurteilt. Und wenn Sie nachschauen, wofür er verurteilt ist, dann ist es eben wegen rassistischer Propaganda. Also da müssen Sie sich diesen Vorwurf gefallen lassen, weil dieser Vorwurf stimmt. Und dann haben Sie mich auch noch zum Nachdenken angeregt, und zwar über Martin Luther King und was er heute vielleicht sagen würde in dieser Debatte. Ich denke, er würde sicher seinen Traum von seiner Tochter, die nicht mehr nach der Farbe ihrer Haut beurteilt wird, wiederholen. Aber er würde sicher nicht sagen «Ja, das ist mein Traum, aber es ist eben vielleicht eine Fachstelle dabei, deshalb kann ich nicht zustimmen». Also bitte geben Sie sich einen Ruck, bekennen Sie sich auch wirklich zu dem, was Sie heute hier zum Besten gegeben haben, und stimmen Sie diesem Vorstoss zu.

*Qëndresa Sadriu-Hoxha (SP, Meilen):* Sie verwenden hier ganz fragwürdige Begriffe. Sie können unsere Namen nicht richtig aussprechen. Das ist schon mal ein Grund, wieso es die Massnahmen, die im Postulat gefordert werden, überhaupt braucht. Sie beschränken sich in Ihren Voten auf jetzt migrierende Menschen. Ihr Antirassismus und ihre Antidiskriminierung bezieht sich nur auf weisse Menschen. Aber das ist nicht das, was wir wollen und für das wir mit dem Postulat eintreten. Das Problem besteht nicht nur bei jetzt migrierenden Menschen, das Problem ist historisch gewachsen. Das Problem ist strukturell. Sie wollen keine Unterschiede sehen, Sie wollen sie wirklich nicht sehen, aber es gibt sie. Sie wollen nicht sehen, dass der Bildungsweg und die Karrierechancen sehr viel schwieriger sind mit einem migrantischen Namen, sehr viel schwieriger sind mit einer anderen Hautfarbe, sehr viel schwieriger sind, wenn man ein Kopftuch anhat zum Beispiel. Sie möchten nicht sehen, dass es klare Unterschiede gibt und sehr viele historisch von Ihnen gemacht wurden. Sie wollen nicht sehen, dass die Gymiquoten zum Beispiel in den Regionen mit einer sehr hohen Migrationsquote einfach sehr viel tiefer sind, dass auch die Unterstützungsmöglichkeiten, um überhaupt an den Gymi-Prüfungen teilzunehmen, ganz unterschiedlich sind, je nach-

dem, ob man jetzt in Opfikon oder in Meilen wohnt. Auch bei der Lehrstellensuche, ich kann von mir ausgehen, ich kann aber auch von denen ausgehen, die heute eine Stelle suchen: Ich habe fast 300 Bewerbungen geschrieben. Andere mit einem gleichen Notendurchschnitt, mit einer gleichen Einstufung schreiben heute immer noch 300 Bewerbungen, auch und eben, weil sie eine andere Hautfarbe haben, weil sie einer anderen Religion zugehören, weil sie einen anderen Namen haben und eben auch, weil ihre Eltern – wie bei mir zum Beispiel – Bauarbeiter oder Kassiererinnen sind und das bei der Lehrstellensuche einen Unterschied macht. Ich kann auch sagen, ich habe in einer Praxis gearbeitet, wo mein Chef tatsächlich wollte, dass ich drei Bewerbungen mit wirklich sehr guten Noten, mit sehr guten Bewertungen gleich aussortieren müsse, ohne überhaupt reinzuschauen, einfach aus dem Grund, dass diese Personen einen sehr komplizierten Namen hatten, dass sie ein Kopftuch trugen. Und dieses Wochenende hatte ich ein Klassentreffen. Ich finde das deshalb so spannend, weil eine Geschichte, die mir dort erzählt wurde, perfekt zu diesem Thema passt. Einer sagte, sie seien von der Polizei angehalten worden, weil sie zu schnell gefahren sind. Sie waren bereit zu kommunizieren, mit der Polizei zu sprechen. Sie wurden aus dem Auto gezerrt. Sie wurden in Handschellen über 300 Meter durch die Stadt gezogen; einfach nur, weil sie einen anderen Namen haben, einen ausländischen Namen haben.

Das wollen Sie nicht einsehen, dass Diskriminierung und Rassismus nicht nur mit jetzt migrierenden Menschen zu tun hat. Das hat eine sehr lange Historie und es ist wirklich schade und ein Armutszeugnis, was Sie sich hier für Voten leisten und wie Sie sich hier auf gewisse Themen beschränken und einfach die Realitäten gar nicht einsehen wollen und nicht bereit sind, mitzuarbeiten. Dieses Postulat möchte Massnahmen, damit wir sensibilisierter sind, damit wir aufnehmen können: Wo können wir uns verbessern? Was können wir besser machen? Und wie können wir es schaffen, dass wir am Schluss dann wirklich aufstehen können und sagen können «Es gibt keine Unterschiede»? Denn es gibt sie und es ist wichtig, dass wir sie sehen. Es ist wichtig, dass wir sie benennen, sonst kommen wir nicht weiter. Besten Dank.

*Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau):* Ich will nicht auf die vielen Voten eingehen, die hier gefallen sind. Rassismus ist ein Problem, das müssen wir nicht diskutieren, das ist nicht die Fragestellung, das ist so. Wenn ich uns aber zuhöre, dann habe ich schon grosse Fragezeichen: Wie wollen wir ein solches Problem angehen? Indem wir uns gegenseitig Vorwürfe machen? Indem wir uns gegenseitig in unterster Schublade betiteln und auf Konfrontation gehen? Was sind wir denn für ein Beispiel hier drin? Niemand hört dem anderen richtig zu. Jeder muss wiederholen und nochmals richtigstellen und nochmals richtigstellen. So kommen wir doch nicht zu einem Ziel in diesem wichtigen Thema. Bitte, seien wir hier ein Beispiel und bewegen wir uns auf einem Niveau, wo man auch miteinander reden kann. Gegenseitiger Respekt und Toleranz gilt nicht nur für die Linke, auch für uns, auch für die Rechte – und umgekehrt. Nicht nur die Rechte hat das für sich gepachtet, sondern auch die Linke. Also leben wir das bitte auch! Das wollte ich hier mal sagen, es ist ja wie im Kindergarten.

*Nicole Wyss (AL, Zürich):* Ich möchte hier doch noch auf ein Sahnehäubchen dieser Diskussion hinweisen, Kantonsrat Müller hat es uns geliefert mit einer rassistisch angehauchten Aussage. Und ich betone hier «eine rassistisch angehauchte Aussage», ich sage nicht, dass Sie rassistisch sind. Diese Aussage hatte zur Folge, dass über die Hälfte dieses Saales laut gelacht hat. Und das zeigt doch eigentlich schon auf, wo wir in der ganzen Rassismus-Diskussion stehen. Mir ist das auch schon passiert, ich habe auch schon nicht adäquate Äusserungen gemacht und meine Kinder haben mich korrigiert. Wir sind am Lernen, wir sind eine Gesellschaft, die mit dem Rassismus-Thema umgehen muss, und wir müssen Rassismus bekämpfen. Es ist sehr wichtig. Es ist wichtig für die Stabilität unserer Gesellschaft. Ich bitte Sie, unterstützen Sie dieses Postulat. Danke.

*Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil):* Ich möchte noch kurz die anekdotische Erzählung von Thomas Forrer aufnehmen bezüglich der Benachteiligung von Menschen mit arabisch oder muslimisch klingenden Namen: Ich kann Ihnen so etwas nicht bestätigen. Ich habe nordafrikanische Wurzeln, einen eindeutig arabisch klingenden Namen und ich bin mittlerweile Kantonsrat im Kanton Zürich und Stadtpräsident von Adliswil, einer Stadt, die wohlgemerkt einen ausländischen Wohnbevölkerungsanteil von über 40 Prozent hat. Ich schätze den Kampf gegen Rassismus. Ich befürworte sämtliche Massnahmen für eine gelingende Integration und verweise nochmals auf das Votum meines Fraktionskollegen Jean-Philippe Pinto, welcher ausführlich dargelegt hat, welche Institutionen bereits für Anliegen zum Kampf gegen Rassismus und zur Förderung der Integration im Kanton Zürich aktiv sind. Aus diesem Grund erachtet es die Mitte-Fraktion weiterhin als nicht erforderlich, dieses Postulat, das sehr weitreichende Massnahmen für einen Bericht in zwei Jahren einfordert, zu überweisen.

*Silvia Rigoni (Grüne, Zürich):* Wir haben von Ueli Bamert gehört, die Gewalt sei ein Ausländerproblem. Das ist eine ursächliche Verkürzung. Es ist eine Verknüpfung, die so nicht geht. Letztlich hat so eine Aussage rassistische Elemente. Gewalt hat unterschiedliche Zusammenhänge. Wir wissen zum Beispiel, dass junge Männer ohne Perspektive auffällig sind in Kriminalstatistiken. Das ist etwas, was wir feststellen können. Es ist also nicht so einfach, nur von Ausländerinnen und Ausländern zu sprechen, sondern es ist nötig, sich vertieft mit den wahren Ursachen der Gewalt auseinanderzusetzen. So kommt man auf konstruktive Lösungen. Das Positive in dieser Debatte ist, dass die SVP mit ihrem Narrativ je länger, je mehr unter Druck kommt. Sie geraten in die Defensive, Sie nehmen eine Opferhaltung ein, und das zeigt doch ganz klar, dass Ihr Weg mit dem Populismus in diesem Thema einfach in die Irre führt.

*Andrew Katumba (SP, Zürich):* Ich habe jetzt über eine Stunde zugehört und mir auch meine Gedanken gemacht, auch ich werde mich kurz äussern:

Herr Bamert, ich freue mich, dass Sie auf der Tribüne vor allem Menschen sehen, auch ich bin farbenblind. Ich freue mich, dass Farid Zeroual trotz arabisch klingendem Namen Stadtpräsident von Adliswil und auch Kantonsrat ist. Und ich freue mich, dass es hier in diesem Rat mehr und mehr Menschen gibt, denen man auch ansieht, dass sie einen Migrationshintergrund haben. Trotzdem ist auch bei uns – und ich muss es so deutlich aussprechen – Rassismus keineswegs überwunden, wie jüngst die Wahl des Neo-Regierungsrats Mustafa Atici (*in Basel-Stadt*) gezeigt hat. Sie haben es gelesen, er wurde während seines Wahlkampfes persönlich und auch rassistisch ziemlich deutlich angegangen. Auch seine Aussprache, dass er Hochdeutsch spricht, war Thema des Wahlkampfes. Es ist also noch nicht überwunden. Es ist höchste Zeit, dass wir bei strukturellen Diskriminierungen wirklich genau hinschauen und uns beherzt für mehr Chancengleichheit von Minderheiten einsetzen. Es geht nicht um die Privilegierten, es geht nicht um jene, die ein volles Bankkonto haben, sich alle Ausbildungen leisten können. Es geht vor allem um die Schwächsten in unserem Kanton.

Es genügt schon lange nicht mehr, zu postulieren, dass man selbst kein Rassist ist. Es geht eben darum – nicht mit Blick auf die andere Seite –, dass man sich eben für die Schwächeren in unserem Land und in unserem Kanton einsetzt. Es ist höchste Zeit, dass wir uns in der Schweiz und auch in unserem Kanton nun endlich mit dem Thema Rassismus auseinandersetzen. Nach wie vor gibt es auch in unseren Polizeikörpern Klagen wegen Racial Profiling. Nach wie vor sind Kinder mit Migrationshintergrund in unseren Schulen benachteiligt. Nach wie vor leben tausende von Menschen wissentlich in der Illegalität und verdienen sich, ich sage es hier deutlich, als Schwarzarbeiter – ich betone es nochmals, als Schwarzarbeiter – ihren Lebensunterhalt. Daher müssen auch im Alltag rassistische Verhaltensweisen benannt und verurteilt werden. Und dies erfordert von allem von uns auch persönliche Zivilcourage. Sich aktiv gegen Rassismus einzusetzen, heisst auch, sich seiner eigenen Privilegien bewusst zu werden und dies zu realisieren. Konkret heisst das, dass wir alle aufgerufen sind, rassistisches Benehmen aktiv anzusprechen und klarzumachen, dass das in unserer Gesellschaft keinen Platz hat. Das gilt bei abwertenden Äusserungen am Familienfest, während der Kaffeepause im Büro, am Stammtisch und natürlich auf der Strasse. Das Benennen von rassistischen Äusserungen kann unangenehm sein. Es wiegt aber ungleich weniger schwer als die Folge von rassistischen Äusserungen, Diskriminierungen und Angriffen und das Ausbleiben von solidarischen Reaktionen für die betroffenen Menschen selber; dies ein Appell an Sie, jene Leute, die heute das Postulat nicht überweisen wollen. Besten Dank.

*Mandy Abou Shoak (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Wir sprechen heute über rassistische Diskriminierung und rassistische Diskriminierung ist Gewalt. Wir verhandeln hier nicht ein Anliegen einer Minderheit. Es geht um wenige Menschen hier drin, aber viele draussen und viele auch auf der Bühne. Die Aufrechterhaltung – ich sage es nochmal – eines friedlichen Zusammenlebens braucht unglaublich viele Menschen; Menschen, die Tag für Tag daran arbeiten, dass Dinge nicht aus den Fugen geraten. Um den Zusammenhalt in diesem Kanton

nachhaltig zu sichern, braucht es uns alle – gemeinsam, stark und entschieden. Bitte überweisen Sie dieses wichtige Postulat.

*Regierungsrätin Jacqueline Fehr:* Im Kanton Zürich dulden wir keinen Rassismus, egal, in welchem Kleid er sich zeigt, und egal, gegen welche Menschengruppen er sich richtet. Und doch müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es Rassismus gibt. Die Ereignisse wurden benannt, die Statistiken wurden auch benannt. Wir wissen es aus dem Alltag. Und wenn wir ehrlich sind, wissen wir es auch von uns selber. Wir alle haben solche tiefverwurzelte rassistische Biases (*Vorurteile*). Das ist der Grund, weshalb der Regierungsrat bereit ist, dieses Postulat entgegenzunehmen, weil es eben nach wie vor etwas – und viel – zu tun gibt. Er nimmt dieses Postulat so entgegen, wie es formuliert ist. Die Vorschläge, die aufgeführt sind, sollen geprüft werden. Es soll geprüft werden, ob diese oder andere Instrumente geeignet sind, noch mehr gegen Rassismus zu tun und Rassismus noch wirksamer zu bekämpfen. Diesen Prüfauftrag würde der Regierungsrat genau so ausführen, wie er formuliert ist, als Prüfauftrag. Dazu gehört selbstverständlich, um das heiss diskutierte Thema «Fachstelle» anzusprechen, welche der bestehenden Fachstellen dieses Thema verantworten soll und in welcher Kooperation der bestehenden Fachstellen im Kampf gegen Rassismus mehr Wirkung erzielt werden kann. Schon heute arbeiten selbstverständlich die polizeilichen Fachstellen mit beispielsweise der Fachstelle Integration eng zusammen – selbstverständlich. Auf welchen Planeten leben Sie, wenn Sie nicht davon ausgehen, dass es so ist. Und lieber André Müller, sie sind tatsächlich nicht im Kämmerchen tätig, denn ich sehe sie, ehrlich gesagt, fast nie im Büro, weil sie eben ständig in irgendwelchen Koordinationen und vor Ort sind, dort, wo Wirkung erzielt werden muss.

Im nationalen Parlament wurde eine Motion in beiden Räten überwiesen, die einen neuen Aktionsplan, nämlich einen Aktionsplan gegen Rassismus und Antisemitismus, fordert. Dieser Aktionsplan – das habe ich letzte Woche mit den entsprechenden Bundesbehörden besprochen – wird relativ rasch ausgearbeitet werden, und die Kantone werden in diese Ausarbeitung eng einbezogen werden. Wir werden also diese Parallelstruktur, dieses Gegenüber sein müssen, und deshalb ist es notwendig, dass wir uns auch entsprechend aufstellen. Es bringt nämlich nichts, wenn der Bund einen nationalen Aktionsplan erlässt, viel Papier erstellt, aber dann in der konkreten Umsetzung niemand da ist, der dafür sorgt, dass es umgesetzt wird.

Sie können davon ausgehen, dass wir, wenn dieses Postulat überwiesen ist, diesen Prüfauftrag ernst nehmen. Sie können davon ausgehen, dass dem Regierungsrat der Kampf gegen den Rassismus ein sehr, sehr grosses Anliegen ist. Und ich habe mich gefreut, dass eigentlich die wesentlichste Differenz in dieser Debatte die war, wer am meisten gegen Rassismus tun will. Die positive Note dieser Debatte ist, dass es eine grosse Einigkeit darin gibt, dass Rassismus nicht toleriert werden kann. Wie er politisch verortet wird, wo die Schuldigen für rassistische Ereignisse sein sollen, da bestehen Unterschiede. Doch die Realität, glaube ich, zeigt da ein klares Bild: Rassismus gibt es überall, in allen Gesellschaftsschichten, in allen Herkunftsn und in allen gesellschaftlichen Milieus.

Auch die anderen Vorschläge, die konkret aufgeführt werden, zum Beispiel die statistische Darstellung rassistischer Vorfälle: Selbstverständlich müssen wir hier Fortschritte machen, ehrlich gesagt, mit und ohne Postulat. Selbstverständlich müssen wir hier bessere Daten haben, um dieses Phänomen auch besser bekämpfen zu können.

Der Regierungsrat will dieses Postulat überzeugt entgegennehmen, weil er im Kampf gegen Rassismus mehr Wirkung erzielen will. Und aus diesem Grund sind diese Vorschläge als Vorschläge zu werten. Der Regierungsrat wird sich aber die Freiheit nehmen, sie tatsächlich zu prüfen und am Schluss allenfalls wirksamere Massnahmen umzusetzen und sie eben nicht nur in einem Bericht darzustellen.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 84 : 79 Stimmen (bei 2 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 92/2023 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innert zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.